



Presseschau vom 09.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Klaus Krickow: "Spalte und herrsche": Ein Erlebnisbericht aus dem bunten Deutschland
Besonders im Juli eines Jahres muss regelmäßig alles dafür getan werden, damit Deutschland endlich toleranter wird. Fußballspieler treten auf, Politiker präsentieren sich vor Behörden, Regenbogenfahnen wehen. Doch das eigentliche Motto ist ein anderes: "Spalte und herrsche".

...

<https://kurz.rt.com/2m4h>

Tilo Gräser: Buch über Corona-Angst: Diagnose und Chancen für eine Heilung
Gezielt geschürte Angst ist Kernelement nicht nur der bundesdeutschen Politik in der COVID-19-Pandemie. Sie prägt das Verhalten vieler Menschen. Wie sie genutzt wird, welche Mechanismen mit ihr ausgelöst werden und welche Folgen das hat, beschreibt ein aktuelles Buch. ...

<https://kurz.rt.com/2lw5>

Dagmar Henn: "Global Times": Der Konflikt China-USA ist kein Konflikt zwischen China und dem Westen

Zwei neuere Kommentare in der chinesischen "Global Times" deuten an, dass sich die chinesische Außenpolitik zukünftig weniger auf die Vereinigten Staaten als auf deren Verbündete konzentrieren wird. Die Europäer werden sich entscheiden müssen, ob sie dem

antichinesischen Kurs Washingtons folgen wollen. ...

<https://kurz.rt.com/2m10>

Kaspar Sachse: Bundesdeutsche Medienrealität: Der Ossi als Impfskeptiker und rechter Verschwörungstheoretiker

Bei der Umsetzung der Corona-Maßnahmen zeichnet sich ein Trend ab: Die Westdeutschen ziehen als "gute Demokraten" im Großen und Ganzen ordentlich mit, während die Ostdeutschen mal wieder nicht so richtig Mitspielen – für die Presse ein gefundenes Fressen: Hat der Ossi immer noch nicht die "Demokratie" verstanden? ...

<https://kurz.rt.com/2m33>

Liudmila Kotlyarova: Für deutsch-russische Vielfalt: Politiker feiern Internationalen Lomonossow-Campus in Berlin

Am heutigen Montag wurde im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf ein für ganz Ostdeutschland einzigartiger deutsch-englisch-russischer Bildungskomplex eröffnet - der „Internationale Lomonossow-Campus Berlin“, im Beisein von Politikern aus dem Deutschen Bundestag und dem Abgeordnetenhaus von Berlin. SNA war vor Ort. ...

<https://snanews.de/20210809/internationaler-lomonossow-campus-in-berlin-3145939.html>

de.rt.com: Cancel Culture – auch Felsbrocken und Curry gelten jetzt als "rassistisch"

Die Universität von Wisconsin-Madison entfernte nach Beschwerden über "Rassismus" einen massiven Felsblock von ihrem Campus – wegen der Art und Weise, wie der massive Stein vor fast 100 Jahren beschrieben wurde. Zeitgleich wollen Food-Blogger das Wort Curry "streichen". ...

<https://kurz.rt.com/2m6k>

abends/nachts:

snanews.de: Ein Land in „Geiselhaft“: Maas sagt Demokratiebewegung von Belarus weitere Hilfe zu

Ein Jahr nach der Präsidentenwahl in Belarus hat Bundesaußenminister Heiko Maas der dortigen Demokratiebewegung weitere Hilfe im Widerstand gegen den Präsidenten Alexander Lukaschenko zugesichert. Dies geht aus einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes hervor. Ein ganzes Land sei in der „Geiselhaft“ Lukaschenkos, sagte demnach der SPD-Politiker. „Neben der politischen Unterstützung haben wir deshalb praktische Hilfen aufgelegt mit unserem ‚Aktionsplan Zivilgesellschaft Belarus‘, um Menschen, die politisch verfolgt werden, zu unterstützen“, unterstrich Maas.

An diesem Montag wird an die umstrittene Präsidentenwahl in Belarus am 9. August 2020 erinnert.

Das Verhältnis zwischen Brüssel und Minsk hat sich seitdem massiv verschlechtert. Die Europäische Union wirft Lukaschenko vor, die Wahl ausschließlich durch Wahlfälschungen gewonnen zu haben. Inzwischen hat die EU einzelne Sanktionen gegen Mitglieder der belarussischen Regierung sowie gegen mehrere Staatsunternehmen und ganze Wirtschaftssektoren verhängt. Die Demokratiebewegung in Belarus sieht die Bürgerrechtlerin Swetlana Tichanowskaja als Wahlsiegerin.

Maas sprach mit Blick auf den Jahrestag von einem „Wendepunkt der belarussischen Geschichte“. „Angeführt von mutigen Frauen wie Swetlana Tichanowskaja und Maria Kolesnikowa gingen und gehen die Menschen auf den Straßen des Landes und protestieren friedlich gegen staatliche Gewalt.“ Die Oppositionelle Kolesnikowa, die in Stuttgart viele Jahre als Kulturmanagerin gearbeitet hatte, sitzt wie mehr als 600 andere Gegner Lukaschenkos als politische Gefangene in Haft.

„Ihr Protest, ihr Durchhaltewillen erfährt weltweit Bewunderung, Solidarität und Unterstützung“, sagte Maas über die Demokratiebewegung. Die Menschen forderten faire und freie Neuwahlen sowie die Freilassung der politischen Gefangenen. Der Außenminister kritisierte, dass friedliche Bürger gefoltert und ins Exil getrieben würden. Maas betonte einmal mehr, dass Lukaschenko jede politische und moralische Legitimität verloren habe. „Deutschland und die Europäische Union stehen deshalb an der Seite der Menschen in Belarus, die für die Achtung demokratischer und menschenrechtlicher Grundwerte kämpfen.“



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/02/50815_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_769f7af61903ad7f34ba4eb58bf00bcb.jpg

snaneews.de: **Militärmanöver „Sapad 2021“: Lettland warnt vor Zusammenstößen zwischen Nato und Russland**

Die Migrationskrise nahe der Grenze zu Litauen sowie die anstehenden Militärübungen „Sapad – 2021“ erhöhen laut dem lettischen Außenminister Edgar Rinkevics die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenstoßes zwischen Russland und der Nato in den baltischen Ländern und Polen.

Rinkevics äußerte sich diesbezüglich in einem Interview mit der Zeitung „Financial Times“. Ihm zufolge besteht aufgrund der russisch-weißrussischen Manöver eine große Gefahr, „einige Aktionen misszuverstehen“.

„Wenn man eine Grenzkrise hat, wenn große Militärübungen in der Nähe der Grenzen des Nordatlantischen Bündnisses stattfinden, wenn man die Truppenpräsenz auf unserer Seite (auf litauischer, estnischer und polnischer – Anm.d.Red) erhöht, dann erhöht das alles natürlich die Wahrscheinlichkeit von Zusammenstößen“, betonte Rinkevics.

Gleichzeitig bezweifelte er die Möglichkeit von vollumfänglichen Kampfhandlungen.

Die Übungen „Sapad – 2021“ sollen vom 10. bis 16. September in Russland und Weißrussland stattfinden. Im Rahmen der Vorbereitung darauf traf russisches Militär Ende Juli in Brest ein.

Die Nato warf Russland die Vorbereitung auf ein Eindringen auf das Territorium der Bündnisländer vor. Moskau betonte seinerseits, dass alle militärischen Manöver gemeinsam mit Weißrussland rein defensiver Natur seien.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/08/3135284_0:187:2981:1863_1920x0_80_0_0_319c8da1e2ac685054d6c5b940f00bef.jpg

vormittags:

snanews.de: **Weißrussische Sportlerin in Polen: Timanowskaja über ihre Sicherheit besorgt**

Die weißrussische Leichtathletin Kristina Timanowskaja, die sich derzeit in Polen befindet, fühlt sich laut ihren Aussagen gegenüber dem japanischen TV-Sender NHL sogar in Polen nicht in Sicherheit.

Die Sportlerin sagte, dass sie in Polen ständig in der Begleitung einer Bewachung sein sollte, und ist sich nicht sicher, ob sie gefahrlos nach draußen gehen könne. Dabei verwies sie auf einen belarussischen Anti-Regierungs-Aktivist (Witali Schischow – Anm. d. Red.), der zuvor in diesem Monat in der Ukraine tot aufgefunden worden war.

Ferner fügte Timanowskaja hinzu, dass sie gern an einem Marathon in Polen teilnehmen würde, der zeitlich auf den Jahrestag der Präsidentschaftswahlen in Weißrussland abgestimmt ist.

„Ich möchte diesen laufen, um die weißrussische Bevölkerung, darunter auch Journalisten, Athleten und politische Gefangene, zu unterstützen.“

Fall Timanowskaja

Zuvor hatte sich Timanowskaja geweigert, nach Weißrussland zurückzukehren. Der Sportlerin, die nach Kritik an ihrem Verband wohl gegen ihren Willen aus Tokio ausgeflogen werden sollte, hatten mehrere Staaten Hilfe oder Asyl angeboten. Derzeit befindet sie sich in Polen, das ihr ein humanitäres Visum erteilt hat.

Die Läuferin hätte bei den Olympischen Sommerspielen in Tokio eigentlich im 200-Meter-Sprint der Damen für ihr Heimatland Weißrussland antreten sollen.

Timanowskaja informierte via Instagram, dass sie aber ohne Erklärungen für den 400-Meter-Lauf aufgestellt wurde. „Man hat beschlossen, alles hinter meinem Rücken zu machen“, schrieb sie. Die hochrangigen Personen sollten laut ihren Worten die Sportler respektieren und deren Meinung berücksichtigen.

Medien berichten, dass Timanowskaja zuvor eine Instagram-Story gepostet hatte, in der sie belarussische Funktionäre kritisiert haben soll, die sie ohne ihr Wissen für diese Distanz aufgestellt hätten, weil der Verband nicht die Anzahl ausreichender Dopingkontrollen für die Sportlerinnen habe gewährleisten können, die für die 400-Meter-Staffel vorgesehen waren. Später soll das Video gelöscht worden sein.

Am 1. August hatte das belarussische NOK erklärt, dass Timanowskaja „aufgrund ihres emotionalen und psychologischen Zustands“ nicht mehr an den Olympischen Spielen teilnehmen könne.

Die oppositionelle belarussische Athletenvertretung Belarusian Sport Solidarity Foundation teilte am 1. August via Telegram mit, dass Timanowskaja aus Tokio ausgeflogen werden soll. Am Flughafen Haneda hatte sie den Rückflug verweigert und sich an die japanische Polizei gewandt. ...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/09/3135676_0:0:2258:1270_1920x0_80_0_0_9dc010929e4138de2e34f4242e0bc3.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 8. August 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Solotoje-5 wurde mit Antipanzerlenkraketen beschossen (2 Schüsse).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **China schleust Spione mit Sondervisum für Hongkonger nach Großbritannien ein – „The Times“**

Laut einem Bericht der britischen Zeitung „The Times“ von Montag tarnen sich chinesische Spione als Flüchtlinge und nutzen ein für Hongkonger konzipiertes Umsiedlungsprogramm aus, um nach Großbritannien zu gelangen.

Die britische Regierung hat demnach Kenntnis von sogenannten „Schläfer-Agenten“, die unter dem Vorwand, vor dem totalitären Staat fliehen zu wollen, das „British National Overseas“-Visum (BNO) beantragen. „Es gibt strenge Hintergrundkontrollen für die Visaanträge – und das aus gutem Grund“, zitiert die Zeitung eine Regierungsquelle. Der Informant lieferte keine weiteren Angaben über das Ausmaß des Missbrauchs dieser Visa, betonte aber, der Überprüfungsprozess für das BNO-Visaprogramm sei viel gründlicher als jeder andere.

„Während des gesamten Antragsverfahrens gibt es Sicherheitsvorkehrungen, die sicherstellen, dass das Verfahren frei von Missbrauch ist und den Bedürftigsten hilft“, hieß es auch aus dem britischen Innenministerium.

Bislang nahmen mehr als 30.000 Hongkonger ein BNO-Visum in Anspruch, das als Reaktion auf das Chinesische Sicherheitsgesetz für Hongkong eingeführt wurde. Um die nationale Sicherheit zu gewähren, stellten die chinesischen Behörden Ende Juni 2020 „Separatismus, Subversion, Terrorismus und ausländische Einmischung“ unter Strafe. Viele hielten das neue Gesetz jedoch als Grundlage für ein hartes Vorgehen gegen bürgerliche Freiheiten, Regierungskritiker und die Unabhängigkeitsbewegung in der Metropole.

Der letzte Gouverneur von Hongkong, Lord Patten of Barnes, betrachtet die BNO-Regelung als eine richtige Antwort auf das chinesische Sicherheitsgesetz und nimmt die Spionage-Gefahr ernst. „Wir haben es mit einem totalitären Staat zu tun, der Informanten einsetzt. Wenn

jemand die Befürchtung hat, dass die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) versuchen wird, Informanten und Leute, die Sicherheitsgeheimnisse stehlen, in offenen Gesellschaften unterzubringen, dann ist das völlig berechtigt. Wir sollten das ernst nehmen“, so der Ex-Gouverneur gegenüber der Zeitung.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/09/3136362_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_409a62d5d8e673dec1d680d6cdc2baff.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 8. August 3:00 Uhr bis 9. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Sachanka, Besymennoje, Leninskoje.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 33.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Britische Spezialeinheit soll im Jemen Verantwortliche für Angriff auf Tanker aufspüren

Ein Team des britischen Special Air Service ist Medienberichten zufolge im Jemen eingetroffen. Demnach soll es nach denjenigen fahnden, die für den jüngsten Drohnenangriff auf den von Israel betriebenen Tanker Mercer Street vor der Küste des Oman verantwortlich sein sollen.

London soll ein Special Air Service-Team (SAS) aus 40 Soldaten in den Ostjemen entsandt haben. Das berichtete die Zeitung Daily Express am Sonntag. Der Gruppe gehört auch eine Einheit für elektronische Kriegsführung an, die in der Lage sein soll, Nachrichten abzufangen. Die Spezialeinheit habe den Auftrag, die Gruppe aufzuspüren, die angeblich hinter dem

Angriff auf den Tanker MV Mercer Street Ende Juli stecke.

Die Soldaten sollen sich unter anderem auf lokale Betreuer stützen, die vom Außenministerium bezahlt würden, so die Zeitung weiter. London glaube offenbar, dass die von Iran unterstützten Huthi-Rebellen den Anschlag mit Unterstützung aus Teheran verübt hätten. Eine britische Militärquelle sagte dem Daily Express:

"Alles deutet darauf hin, dass die Drohne vom Jemen aus gestartet wurde. Die Sorge ist nun, dass eine Drohne mit erweiterter Reichweite ihnen neue Möglichkeiten bieten wird."

Das Blatt berichtet unter Berufung auf angebliche US-amerikanische und israelische Geheimdienstinformationen, dass die Selbstmorddrohne, die zwei Menschen an Bord des Tankers tötete, vom Ostjemen aus gestartet und per GPS auf das Schiff gelenkt wurde, während ein menschlicher Operator sie auf den letzten Metern steuerte.

Das britische SAS-Team arbeite mit einer US-amerikanischen Spezialeinheit zusammen, die sich bereits im Jemen befinde und dort eine saudische Eliteeinheit ausgebildet hätte.

Daily Express nannte seine Quellen nicht, und die britischen Behörden bestätigten die Operation, die angeblich noch nicht abgeschlossen ist, nicht. London, Washington und Tel Aviv beschuldigten Teheran, hinter dem Angriff auf den von Israel betriebenen Tanker MV Mercer Street zu stecken, bei dem ein britischer Wachmann und ein rumänischer Kapitän ums Leben kamen.

Iran wies die Anschuldigungen wiederholt zurück und versprach eine "starke" Antwort auf jegliche Bedrohung, während das Vereinigte Königreich und die USA erklärten, dass sie an einer "Antwort" gegen Teheran arbeiten würden, ohne jedoch offiziell irgendwelche konkreten Schritte anzukündigen.

Israels Verteidigungsminister Benny Gantz erklärte vergangene Woche, sein Land sei bereit, Iran anzugreifen, da die Spannungen in der Region weiterhin hoch seien.

Die Anwesenheit britischer Soldaten auf jemenitischem Boden wäre allerdings kaum etwas Neues. Berichte über britische Kommandos, die in einem der Kämpfe des langwierigen Bürgerkriegs verletzt wurden, gab es bereits im Jahr 2019. Laut Medienberichten wurden einige Soldaten einer Einheit des Special Boat Service bei einem angeblichen Feuergefecht in der Region Sa'dah im Norden des Jemen verletzt.

Im Jemen unterstützt eine von Saudi-Arabien angeführte Koalition die jemenitische Regierung von Präsident Mansur Hadi gegen die schiitischen Huthi-Rebellen, die von Iran unterstützt werden. Der von Riad geführten Koalition wurden wiederholt Menschenrechtsverletzungen im Jemen vorgeworfen – unter anderem wegen wahlloser Bombardierungen, bei denen häufig Zivilisten ums Leben kommen.

Die britischen Truppen beteiligen sich jedoch angeblich nicht an diesem Konflikt, zumindest nicht offiziell. London erklärte wiederholt, es sei keine "Kriegspartei", obwohl die britische Rüstungsindustrie die Saudis aktiv mit Waffen und Munition beliefert. In den fünf Jahren des Jemen-Kriegs zwischen 2015 und 2020 verkaufte der führende britische Waffenhersteller BAE Systems Berichten zufolge Waffen, Ausbildung und andere Dienstleistungen im Wert von 15 Milliarden Pfund (17,7 Milliarden Euro) an die saudischen Streitkräfte.

Im Juli wurde bekannt, dass London eine verdeckte Truppe von Soldaten im Jemen unterhält. Diese würden mindestens seit Anfang 2021 saudische Streitkräfte ausbilden. Sie waren auf dem Flughafen Al-Ghaydah in al-Mahrah, dem östlichsten Gouvernement des Jemen, stationiert.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hatte den Ort zuvor als informelles Gefangenenlager bezeichnet, in dem Menschen gefoltert wurden. In einem anderen Bericht hieß es, dass dort rund 30 britische Soldaten stationiert seien.

Außerdem wurden britische Luftabwehrteams nach Saudi-Arabien entsandt, um Luftraumaufklärungsradargeräte Giraffe AMB zu bemannen, die seit mindestens Februar 2020 Drohnen und Raketen der Huthi aufspüren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6110d43cb480cc331b63cb32.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 9. August um 9:00 Uhr 7272 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 5761 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 654 Todesfälle.

desnanews.de: **Russischer Botschafter in Deutschland spricht von baldigem Abschluss von Nord Stream 2**

Die Gaspipeline Nord Stream 2 ist laut dem russischen Botschafter in Deutschland, Sergej Netschajew, derzeit in der letzten Bauetappe. Dazu äußerte er sich in einem Interview mit der russischen Zeitung „Iswestija“.

„Die Bauarbeiten befinden sich in der letzten Etappe, bis zu ihrem vollständigen Abschluss sind es nur noch wenige Wochen“, so der russische Botschafter.

Dazu erklärte er: „Die USA und Deutschland haben kein Abkommen über Nord Stream 2 geschlossen.“ Der Botschafter verwies darauf, dass es sich dabei um eine Erklärung handle; diese sei kein juristisches Dokument, das die Seiten zu dessen Unterzeichnung verpflichtet. „Russland, das sich nicht an der Vorbereitung beteiligt hat, erlegt es keine Verpflichtungen auf.“

„Wir gehen davon aus, dass die deutsch-amerikanische Vereinbarung das Tempo und die Fristen der Bauarbeiten von Nord Stream 2 nicht beeinflussen wird.“

Bundestagswahl und Nord Stream 2

Auf die Frage, ob sich die Position Berlins gegenüber Nord Stream 2 nach der Bundestagswahl verändern könnte, erinnerte Netschajew daran, dass Russland und Deutschland derzeit eine komplizierte Entwicklungsphase durchleben, die aufgrund der von Berlin ausgewählten Linie gegenüber Moskau, darunter auch wegen illegitimen Russland-Sanktionen, entstanden sei.

Jedoch haben die beiden Länder ihm zufolge viele gemeinsame Themen und Bereiche gegenseitiger Interessen, darunter auch die Erweiterung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Energie und Investitionen mit Schwerpunkt auf Digitalisierung, KI, Wasserstoffenergie und Klimaschutz.

„Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Parlamentswahlen in Deutschland möchte ich betonen, dass wir die Willensäußerung der deutschen Bevölkerung respektieren werden und zu einem Dialog und einer Zusammenarbeit mit der legitim gewählten und gemäß demokratischen Prozeduren gebildeten deutschen Regierung bereit sind.“

„Was Nord Stream 2 angeht, war und wird es (das Projekt) trotz aller Aufregung im Westen

um dieses Thema eine Kommerzinitiative von interessierten Unternehmen sein, darunter von fünf europäischen Energiekonzernen (Uniper SE, Wintershall Dea, OMV, Shell und Engie). Das Projekt hat alle notwendigen Genehmigungen erhalten und wird gemäß der Gesetzgebung Deutschlands und der EU umgesetzt.“

Deutsch-amerikanische Erklärung zu Nord Stream 2

Im Juli hatten die USA und Deutschland ihre gemeinsamen Ziele und Überzeugungen zu Fragen der Unterstützung der Ukraine und der europäischen Energiesicherheit in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten. Dort ging es auch um die Gaspipeline Nord Stream 2. „Zugleich sind sich die USA und Deutschland darin einig, dass Energie und Pipelines, auch die Nord Stream 2 Pipeline, nicht für aggressive politische Zwecke missbraucht werden dürfen“, hieß es unter anderem in der Erklärung. In einem solchen Fall wird Berlin auf nationaler Ebene handeln und in der Europäischen Union auf effektive Maßnahmen einschließlich Sanktionen drängen.

Unter anderem wollen die USA und Deutschland mit einem sogenannten „Grünen Fonds“ die Ukraine bei der Umstellung auf sauberere Energiequellen unterstützen.

98 Prozent der Pipeline fertiggestellt

Matthias Warnig, CEO der Nord Stream AG, erklärte Mitte Juli gegenüber dem „Handelsblatt“

„Mittlerweile sind 98 Prozent der Pipeline fertiggestellt. Die zwei Prozent, die noch fehlen, betreffen einen der beiden Stränge. Der andere Strang ist komplett gebaut.“

Nord Stream 2

Das Projekt Nord Stream 2 umfasst den Bau von zwei Strängen der Pipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr. Die Gasleitung soll von der russischen Küste durch die Ostsee nach Deutschland verlaufen.

Es ist vor allem Kiew, das aus Angst vor Einnahmeverlusten bei dem russischen Gastransit durch sein Territorium entschieden gegen die Pipeline auftritt. Auch die Vereinigten Staaten, die ihr Flüssigerdgas (LNG) in der Europäischen Union abzusetzen versuchen, weisen das Projekt zurück. Im Dezember 2019 hatten die USA restriktive Maßnahmen gegen Unternehmen verhängt, die am Bau der russischen Gaspipeline beteiligt waren, weshalb der Bau unterbrochen werden musste. Ein Jahr später wurde die Rohrverlegung wieder aufgenommen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/06/2392650_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_2efb7a268b45b22134088970a843da90.jpg

Mzdnr.ru: Am 8. August wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

Am 9. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 49.923 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5001 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 41.225 als gesund entlassen, es gibt 3697 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 126 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 60 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 668 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2008 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 741 mit Sauerstoffunterstützung (+36 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2215 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

deu.belta.by: **Lukaschenko: In Minsk wurde umfassender Krieg im Donbass gestoppt**

Belarus hat eine große Rolle zur friedlichen Beilegung der Krise in der Ostukraine gespielt.

Das sagte Präsident Alexander Lukaschenko heute während des „Großen Gesprächs mit dem Präsidenten“, zu dem Journalisten, Experten und Medienvertreter eingeladen wurden.

Das Staatsoberhaupt kam auf das Thema Wirtschaft und Sanktionen zu sprechen. Er machte dabei darauf aufmerksam, dass die Exporte für Belarus sehr wichtig sind, weil die belarussische Wirtschaft größtenteils exportorientiert ist. Dennoch waren weder der EU-Markt noch der US-Markt vorrangig für belarussische Ausfuhren.

„Einheimische Waren wurden auf westlichen Märkten ungern zugelassen. Und die Sanktionen gegen Belarus hat es auch früher gegeben. Es gab nur eine kurze Zeitperiode, als die Sanktionen gegen Belarus aufgehoben wurden, und zwar als Minsk auf Vorschlag Russlands und Deutschlands zum Ort für die Gespräche im sogenannten ‚Normandie‘-Format gewählt wurde. In Minsk wurden Verhandlungen zur Beilegung der Krise in der Ostukraine geführt. Es hat sich ein Fenster der Möglichkeiten aufgetan, Minsk war mehr als nur ein Vermittler, es war ein Ort für Friedensgespräche. Hier, in Minsk, wurde der umfassende Krieg im Donbass gestoppt. Ja, auch heute werde ich informiert, dass dort auf beiden Seiten hin und wieder geschossen wird. Aber solche Schlachten wie um Debalzewo oder um den Flughafen Donezk werden dort nicht mehr geführt. Damals hat man Minsk ernst genommen und alle sagten: Belarus ist der Ort, wo man Frieden schmieden kann“, resümierte Alexander Lukaschenko.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1628502479_58015_big.jpg

nachmittags:

de.rt.com: **Polizei: Nawalnys Mitstreiterin Sobol vor russischer Justiz wahrscheinlich ins Ausland geflohen**

Die ehemalige Anwältin der sogenannten Anti-Korruptions-Stiftung FBK und Mitarbeiterin von Alexei Nawalny, Ljubow Sobol, soll Russland verlassen haben. Zuvor wurde sie des Aufrufs zu nicht sanktionierten Massenaktionen in der Pandemie für schuldig befunden. Moskau findet Ungereimtheiten im OPCW-Bericht zu Nawalny: "Will man uns von dieser

Lüge überzeugen?"

Ljubow Sobol, die Juristin des sogenannten Anti-Korruptions-Fonds FBK von Alexei Nawalny, hat allem Anschein nach Russland verlassen. Eine Quelle in den russischen Strafverfolgungsbehörden verriet dies gegenüber RT. Am Vortag wurde sie der Anstiftung zur Verletzung der Hygienevorschriften (Artikel 236 des Strafgesetzbuchs) für schuldig befunden – in ihrem Fall des Aufrufs zu einer Protestkundgebung und damit zu einer durch COVID-19 bedingt damals nicht genehmigten Massenveranstaltung. Das Gericht verurteilte sie zu eineinhalb Jahren Freiheitseinschränkung.

Der Quelle von RT zufolge flog Sobol am 7. August um 20:20 Uhr Moskauer Zeit vom Flughafen Wnukowo nach Istanbul, wo sie sich nun aufhalte.

Nach Ansicht von Denis Nikitin, einem Anwalt des Rechtszentrums "Mensch und Recht", hat Sobol damit gegen die Bewährungsauflagen verstoßen und könnte ins Gefängnis kommen, falls und wenn sie aus der Türkei zurückkehrt.

"Freiheitsbeschränkung bedeutet, dass es der Verurteilten untersagt ist, ihre Wohnung zwischen 22 Uhr und 6 Uhr morgens zu verlassen und an Kundgebungen teilzunehmen. Außerdem ist sie verpflichtet, sich viermal im Monat bei der Polizei zu melden", erinnerte der Anwalt.

RT war nicht in der Lage, Sobol zu erreichen. Ihr Telefon war ausgeschaltet.

Zuvor, am 8. Juni, hatte das Moskauer Perowo-Gericht Sobols Verurteilung wegen Hausfriedensbruch in Form des unrechtmäßigen Eindringens in eine fremde Wohnung bestätigt. Sobol hatte gegen das Urteil Berufung eingereicht.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6110fe6eb480cc620c356983.jpg>

ukrinform.de: **Gemeinsame Übungen von US-Militärpiloten mit ukrainischen Kollegen**
US-Militärpiloten sind in der Stadt Winnyzja für die Teilnahme an den gemeinsamen Übungen mit ukrainischen Sondertruppen eingetroffen.

Dies teilte der Vorsitzende der Gebietsverwaltung Winnyzja, Serhij Borsow, in Facebook mit. „Zusammen mit unseren Sondertruppen werden Ausbildungsflüge, Fallschirmoperationen und medizinische Notfälle geübt. Amerikanische Partner haben etwas zu zeigen und es gibt viel von ihnen zu lernen“, sagte Borsow.

Zwei US-Militär C-130-Transportflugzeuge werden innerhalb von knapp zwei Monaten an den Übungen in der Ukraine eingesetzt.

Der Aufenthalt des US-Militärs in unserem Land wird im Rahmen des erweiterten NATO-Kooperationsprogramms und der Umsetzung des „Konzeptes zum Ausbau der Luftstreikkräfte für den Zeitraum bis 2025“ durchgeführt.



https://static.ukrinform.com/photos/2021_08/thumb_files/630_360_1628498475-691.jpeg

snanews.de: **Wegen wachsenden Ausbaubedarfs in Europa: US-Army will mehrere Standorte in Deutschland behalten**

Nach eigenen Angaben wird das US-Militär fünf Standorte in Europa behalten, die es ursprünglich an Deutschland zurückgeben wollte.

Es handelt sich um insgesamt fünf Einrichtungen in Hessen (das Amelia Earhart Center in Wiesbaden), Baden-Württemberg (das Weilimdorf Warehouse in Stuttgart sowie die Coleman Barracks in Mannheim), Rheinland-Pfalz (die Pulaski Barracks in Kaiserslautern) und Bayern (die Barton Barracks in Ansbach). Die Husterhohe Kaserne im rheinland-westfälischen Pirmasens wird der Pressemitteilung zufolge von der US-Army an die US-Luftstreitkräfte übergeben.

Die Entscheidung kam als Ergebnis einer Bestandsaufnahme der verbleibenden Stützpunkte des US-Militärs in Europa, die 2018 vom US-Verteidigungsministerium beantragt wurde. Diese ergab, dass die früher für die Rückgabe gedachten Standorte in Deutschland beibehalten werden sollten, weil der Ausbaubedarf das Tempo des Anlagenbaus und der Sanierungsarbeiten überholt. Laut dem Pressedienst des US-Militärs wurde die Schließung der Coleman Barracks noch 2010 angekündigt, wobei die Pläne für die anderen Stützpunkte im Rahmen der Konsolidierung der europäischen Infrastruktur des Verteidigungsministeriums 2015 bekannt gegeben wurden.

Anfang April wurde publik gemacht, dass die USA 500 zusätzliche Soldaten im Raum Wiesbaden stationieren werden. Diese Truppen sollten laut dem US-Verteidigungsminister Lloyd Austin „die Abschreckung und Verteidigung in Europa stärken“. Die Pläne des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump zum Abzug von 12.000 der rund 35.000 US-Soldaten aus Deutschland wurden kurz nach dem Amtsantritt seines Nachfolgers Joe Biden im Februar auf Eis gelegt.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/09/3143046_0:383:2961:2048_1920x0_80_0_0_bbd4ec299d69c9d3343d3b1546a7faac.jpg

dan-news.info: Die Vereinigung der Kräfte von Spezialisten der DVR und der LVR beschleunigt den Prozess der Suche nach Menschen, die während der Konflikts in Donbass vermisst wurden, teilte heute auf einer Pressekonferenz die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa mit.

„Wir sind verpflichtet, alle Reserven einzusetzen, um ihren Aufenthaltsort zu ermitteln. Genau zu diesem Zweck wurde die behördenübergreifende Kommission zur Suche nach Vermissten, zur Ermittlung der Gräber von Toten in den Kriegsgebieten im Donbass eingerichtet. Ein entsprechendes Organ wurde auch in der LVR eingerichtet. Und das eröffnet breite Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Rahmen der beiden Republiken“, sagte Morosowa. „Ich bin überzeugt, dass ein systematisches Herangehen und die Vereinigung der Kräfte es ermöglichen wird, den Aufenthaltsort von vermissten Menschen zu ermitteln und das Andenken der Toten zu verewigen“.

Die stellvertretende Außenministerin der LVR Anna Soroka äußerte die Hoffnung, auf eine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Büro für gerichtsmedizinische Expertisen der DVR, um sterbliche Überreste zu identifizieren.

„Für uns ist das nicht einfach eine Pflicht entsprechend der Verfassung und der Genfer Konvention, sondern eine heilige Verpflichtung – das Schicksal jedes Menschen, der vom Krieg berührt wurde, zu ermitteln“, unterstrich sie.

de.rt.com: **Umarmung mit Russin: Ukrainische Olympionikin muss zum Rapport**

Das ukrainische Verteidigungsministerium hat die Olympionikin Jaroslawa Magutschich zu einem Gespräch eingeladen. Grund ist ein gemeinsames Foto der Sportlerin mit ihrer russischen Konkurrentin, auf dem sich beide in den Armen liegen. Magutschich ist Unterleutnant der ukrainischen Streitkräfte.

Das ukrainische Verteidigungsministerium hat die Olympionikin Jaroslawa Magutschich wegen eines gemeinsamen Fotos mit der Russin Maria Lassizkene zu einem Gespräch eingeladen. Magutschich und Lassizkene hatten jeweils eine Bronze- und eine Goldmedaille im Hochsprung bei den Olympischen Spielen in Tokio gewonnen. Während der Siegerehrung umarmten sich die beiden Sportlerinnen.

Das Foto der Umarmung sorgte in den sozialen Netzwerken in der Ukraine für eine Hasswelle gegen Magutschich. Auch das ukrainische Verteidigungsministerium reagierte darauf. Die stellvertretende Ministerin Anna Maljar wies darauf hin, dass die Olympionikin Unterleutnant der ukrainischen Streitkräfte sei, und erklärte diesbezüglich:

"Die Athleten, die die Ukraine bei internationalen Wettkämpfen vertreten, sollten verstehen, dass der russisch-ukrainische Krieg in der Ukraine andauert und dies gewisse

Einschränkungen und Verantwortlichkeiten mit sich bringt."

Maljar fügte hinzu, derartige Fotos könnten vom "Feind" ausgenutzt werden. Die Beamtin werde sich mit Magutschich treffen und ein Gespräch mit ihr führen.

Ein anderer ukrainischer Olympionik, der Karatekämpfer und Bronzemedailengewinner Stanislaw Choruna, setzte sich hingegen für Magutschich ein und übte Kritik an jenen Menschen, die gegen sie hetzen:

"In Ihren negativen, kritischen Kommentaren steckt eigentlich vielmehr Verrat. Anstatt das Foto bloß als Foto zu behandeln, erwecken Sie den fiktiven 'Verrat' zum Leben, indem Sie es auf solche Weise kommentieren."

Choruna betonte, "Fotos mit Konkurrenten oder Freunden auf dem Siegerpodest" seien ein Teil der Arbeit der Athleten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6110fc3b48fbef45b549d721.jpg>

ukrinform.de: **Lukaschenko wirft Selenskyj Ausbildung von Kämpfern gegen Belarus vor**
Der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko hat erklärt, dass die Ukraine die Belarussen nicht fürchten muss.

„Was eine Invasion betrifft... Wir werden nie der Ukraine Schaden zufügen, es sei denn, sie sollte als erste mit Waffen nach Belarus kommen“, sagte Lukaschenko bei dem so genannten „Großen Gespräch mit dem Präsidenten“ am Montag in Minsk. Dabei warf er dem ukrainischen Staatschef Wolodymyr Selenskyj die Ausbildung von Kämpfern gegen Belarus vor. „Gut, du (Präsident Selenskyj – Red.) bist dem Westen hinterhergelaufen, du hast sie unterstützt, du hast auf alles gespuckt. Aber warum bildest du Kämpfer auf dem Territorium der Ukraine aus und bringst sie mit Waffen zu uns“, so Lukaschenko. Dabei sagte er beiläufig, dass Russen, insbesondere mit Waffen, nie vom belarussischen Territorium in die Ukraine kommen werden.

An heutigen Tag vor einem Jahr fand in Belarus die Präsidentenwahl statt. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission des Landes stimmten 80,1 Prozent der Wähler für den Amtsinhaber Alexander Lukaschenko und 10,1 Prozent für die Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja. Tichanowskaja nannte die Wahl manipuliert. Gleich nach der Wahl begannen im Land Proteste gegen die Wahlfälschung. Das Regime ging hart gegen die Protestler vor. Nach einigen Monaten wurden die Proteste unterdrückt. Lukaschenko regiert das Land seit 1994.



https://static.ukrinform.com/photos/2021_02/thumb_files/630_360_1612536757-234.png

snanews.de: **Merkel und Selenski treffen sich im August in Kiew – Bericht**

Die scheidende Bundeskanzlerin Angela Merkel wird nach Kiew kommen und mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski zusammentreffen, wie die Agentur RBK-Ukraina am Montag unter Berufung auf eine informierte Quelle meldet. Der voraussichtliche Besuchstermin ist für den 22. August angesetzt.

Zuvor hatte der Pressedienst des ukrainischen Staatschefs nach einem Telefongespräch zwischen Merkel und Selenski mitgeteilt, dass die deutsche Kanzlerin den ukrainischen Präsidenten eingeladen habe, in nächster Zeit zu einem Arbeitsbesuch nach Berlin zu kommen, um eine friedliche Beilegung des Konflikts im Donbass zu besprechen.

Weiter hieß es, dass Selenski in dem Telefongespräch seine Einladung an die Kanzlerin zu einem Ukraine-Besuch und zur Teilnahme am Gipfeltreffen der „Krim-Plattform“ sowie an Veranstaltungen anlässlich des 30. Jahrestages der Unabhängigkeit des Landes bestätigt habe. Der Pressesprecher des ukrainischen Präsidenten, Sergej Nikiforow, hat ebenfalls bestätigt, dass Merkel am 22. August die Ukraine besuchen werde. „Die Themen der Verhandlungen sind Sicherheit, bilaterale Beziehungen und andere aktuelle Fragen“, schrieb Nikiforow auf seiner Facebook-Seite.

Selenski hatte zuvor erklärt, die Ukraine tue alles nur Mögliche, um die Krim wieder unter Kontrolle Kiews zu bringen. Zu diesem Zweck sei die „Krim-Plattform“ gestartet worden. Das Gipfeltreffen ist für den 23. August anberaumt. Die ukrainische Seite hat mehreren Staaten, darunter den USA, der Türkei, Großbritannien, Kanada und den EU-Ländern vorgeschlagen, sich daran zu beteiligen. Nach Angaben des ukrainischen Außenministeriums sollen sich 180 Experten aus 33 Ländern der Veranstaltung anschließen.

Die Krim trat im März 2014 im Ergebnis eines Referendums der Russischen Föderation bei. Bei dem Volksentscheid hatten 96,77 Prozent der Krimbewohner und 95,6 Prozent der Einwohner von Sewastopol für den Beitritt zu Russland votiert.

Die Ukraine betrachtet die Krim als ihr eigenes, vorübergehend besetztes Territorium. Die russische Führung hat wiederholt erklärt, dass die Bewohner der Halbinsel auf demokratischem Wege, in völligem Einklang mit dem Völkerrecht und der UN-Charta für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt hätten. Nach Äußerung des russischen Präsidenten Wladimir Putin sei die Frage der Krim endgültig abgeschlossen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/0d/2814724_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_22d26d292e89bb1116f60ae4565b623a.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 08.08.2021**
In den letzten 24 Stunden wurden **drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade **Besymennoje, Sachanka und Leninskoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen drei Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind: zwei Schützenpanzer aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade in Slawnoje und ein Schützenpanzerwagen aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade in Bogdanowka.

Wir stellen weiter Fälle von **Kriegsverbrechen der ukrainischen Kämpfer gegen die Zivilbevölkerung** des Donbass auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium fest.

So haben nach uns vorliegenden Informationen gestern, am 8. August, zwei ukrainische Soldaten aus dem 109. Bataillons der 10. Gebirgstruppenbrigade einen Raubüberfall auf einen Einwohner von Dershinsk- geb. 1969, begangen, dabei erlitt der Betroffene einen Nasenbruch und zahlreiche Abschürfungen, die Verbrecher nahmen sein Mobiltelefon und 6000 Griwna an sich.

Der Betroffene wandte sich mit einer Anzeige an die Polizei, die feststellte, dass die Verbrecher sich auf dem Gebiet des zeitweiligen Stationierungspunktes des 109. Bataillons versteckt halten, bei der Ankunft am Checkpoint wurde ihr aber der Zugang sowie die Übergabe der Verdächtigen verweigert.

Mehr noch, der Kommandeur des 109. Bataillons Babanin versetzte das Bataillon in Alarm und befahl, gezielt das Feuer auf alle Personen zu eröffnen, die versuchen, auf das Territorium des Truppenteils zu gelangen. Nach seinen Worten sei die Version des Betroffenen über eine Beteiligung von Soldaten des Bataillons erdacht und habe das Ziel, die ukrainischen Streitkräfte im Ganzen und die Gebirgstruppen Soldaten im Besonderen zu verleumden. Der

Bataillonskommandeur beschuldigte die Polizisten einer kriminellen Absprache und der Erpressung von Mitteln von seinen Untergebenen für die Einstellung des Strafverfahrens. Vor Ort arbeitet eine Ermittlungsgruppe des militärischen Rechtsordnungsdienstes.

Wir stellen eine **Zunahme der Unzufriedenheit des Personals der ukrainischen Einheiten mit den Handlungen des Kommandos** fest.

So forderte nach uns vorliegenden Informationen der Kommandeur der 93. Brigade Brishinskij, alle Drohnen, die dem Verband von ukrainischen Freiwilligen übergeben worden waren, in das Inventar aufzunehmen, sowie die materielle Verantwortung für deren Beschädigung oder Vernichtung auf die für sie verantwortlichen Einheiten zu übertragen.

Diese Anweisungen haben eine negative Reaktion der ukrainischen Kämpfer hervorgerufen, die erklärten, dass in einem solch eingeschränkten Rahmen eine Aufklärung der Positionen des Gegners unmöglich sei, weil die Drohnen in der Mehrzahl der Fälle von Mitteln der elektronischen Kriegsführung der Volksmiliz blockiert werden und auf die ukrainischen Positionen stürzen, was es erlaubt, sie zu reparieren, oder einfach durch das Feuer des Gegners vernichtet werden, was automatisch den Operateur der Drohnen mit der Notwendigkeit belastet, 20.000 bis 50.000 Griwna Schaden zu ersetzen.

Zuzeit erstellen Kämpfer des 3. Bataillons der 93. Brigade eine kollektive Eingabe an den Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ und der OOS mit einer Beschwerde über die Handlungen des Brigadekommandeurs vor, außerdem bitten sie nicht gleichgültige Freiwillige, sie im Internet zu unterstützen.

rusvesna.su/belta.by: **Eines Tages werden Sie davonlaufen: Lukaschenko antwortete auf eine Frage zur gewaltsamen Übernahme des Donbass durch die Ukraine**

Im Falle einer erneuten Eskalation des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland werde Weißrussland zwischen ihnen stehen, und man sollte nicht einmal daran denken, den Donbass mit Gewalt zurückzuholen.

Dies erklärte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko am Montag, dem 9. August, während eines Treffens mit der Presse und der Öffentlichkeit im Rahmen des "Großen Gesprächs mit dem Präsidenten" im Palast der Unabhängigkeit.

Lukaschenko antwortete auf eine Frage des ukrainischen Journalisten Maxim Nasarow: „Auf wessen Seite würde Weißrussland stehen, wenn die Ukraine mit Hilfe von Drittstaaten das Recht beanspruchen würde, den Donbass mit Gewalt zurückzuerobern?“

"Jeder Versuch, egal welche Armee Sie in der Ukraine haben - glauben Sie mir, ich kenne mich aus auf diesem Gebiet, jeder Versuch von Ihnen, das Donbass-Problem mit Gewalt zu lösen, wird in einer Tragödie für die Ukraine enden, zuallererst. Ich bitte Sie, ich bitte Sie sehr, schlagen Sie es sich aus dem Kopf", sagte er.

Der Staatschef betonte, dass Weißrussland die Ukraine niemals bei einer gewaltsamen Rückholung des Donbass unterstützen werde.

"Wenn Sie es wagen, dies mit der Unterstützung von Drittländern zu tun, werde ich niemals auf Ihrer Seite stehen. Das ist der erste Punkt. Zweitens: Wenn Sie mit Russland zusammenstoßen - natürlich, mit wem sonst im Donbass - werde ich zwischen Ihnen stehen. Diesen Standpunkt vertrete ich schon seit langem. Ich werde zwischen Ihnen stehen, auch wenn es mein Leben bedroht. Aber ich bin sicher, dass weder die erste noch die zweite Option realistisch ist. Das wird nicht passieren, denn es gibt genug vernünftige Köpfe in der Ukraine", sagte Lukaschenko.

"Eines Tages werden Sie davonlaufen, und ich werde unbewaffnet die Grenze überqueren und nicht 40, sondern mindestens 90 Prozent der Ukrainer versammeln, und wir werden die Ukraine zurückerobern..." - Lukaschenko sagte dies ohne zu sagen, wohin genau die Ukraine zurückgeführt werden könnte.

Er versicherte jedoch, dass Weißrussland niemals als erstes eine Invasion in der Ukraine starten würde.

"Wir werden nie etwas Böses gegen die Ukraine unternehmen. Aber nur unter der Bedingung, dass die Ukraine selbst nicht der erste ist, der unser Land mit Waffen in den Händen betritt. Ich denke, wir müssen das heute sagen", sagte der belarussische Präsident.

Dabei merkte er an, dass er zu einem Dialog mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski bereit sei, "wenn es wenigstens einer Person in der Ukraine dadurch besser geht."

"Aber wenn ich ihn jetzt anrufe, geht er nicht ans Telefon, weil die Amerikaner es ihm befohlen haben", sagte Lukaschenko.

Seiner Meinung nach hatte Selenski die Chance, ein Friedensstifter in der Ukraine zu werden und ernsthafte Fortschritte bei der Lösung des Konflikts im Donbas zu erzielen. Er riet dem ukrainischen Präsidenten, Verhandlungen mit den Oberhäuptern der LVR und DVR aufzunehmen.

Insgesamt ist Lukaschenko der Ansicht, dass die Beziehungen zwischen der Ukraine und Weißrussland auf dem Tiefpunkt angelangt sind.

"Die belarussisch-ukrainischen politischen Beziehungen - was man von den wirtschaftlichen Beziehungen nicht behaupten kann - befinden sich immer noch auf dem Tiefpunkt. Und die Rote Linie wurde überschritten, als die Europäische Union den Luftverkehr mit uns noch nicht unterbrochen hatte, und die Ukraine hat es getan. Wozu? Wie konnte man so herunterkommen, dass man alles zunichte gemacht hat, was Belarus für die Ukraine und die Ukraine für Belarus getan haben", sagte er.

Lukaschenko ist der Meinung, dass sich die Ukraine in dieser Situation hätte "hinsetzen und schweigen sollen".

"Lasst die Europäische Union, lasst die Amerikaner, lasst die NATO wütend sein... Ihr seid weder der NATO noch der EU beigetreten und werdet es auch nie sein! Nein, Sie mussten vorauslaufen", sagte der Präsident.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1628510081_58018_big.jpg

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters des Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponko**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 24. Brigade auf den verbrecherischen Befehl Postupalskijs von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus **Solotoje-5** mit einem Antipanzerraketensystem beschossen.

Der Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und Beschuldigungen der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. ...

snanews.de: **Biden ernennt Sonderbeauftragten zu Nord Stream 2 – Bericht**

US-Präsident Joe Biden hat seinen ehemaligen engen Berater Amos Hochstein zum Sonderbeauftragten ernannt, der sich um die Umsetzung der Vereinbarungen mit Deutschland zu Nord Stream 2 kümmern wird. Darüber berichtet das Nachrichtenportal Axios am Montag unter Berufung auf informierte Quellen.

Die Zeitung „Politico“ hatte im April berichtet, dass das Weiße Haus solch einen Posten erwäge, um die Verhandlungen über den Baustopp der Gaspipeline Nord Stream 2 voranzutreiben. Der Posten sei Hochstein angeboten worden, doch er habe das Angebot noch nicht angenommen, hieß es. Später habe die US-Administration aber beschlossen, auf Sanktionen zu verzichten und die Pipeline bis zu Ende bauen zu lassen, um die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland zu verbessern.

Laut den Quellen von Axios werde Hochstein, ehemaliger Energiebeauftragter des US-Außenministeriums, der zuvor strikt gegen den Bau der Pipeline auftrat, „eine effektive Strategie“ umsetzen. Die Umsetzung des Pipeline-Deals mit Deutschland werde für ihn, der in Osteuropa als „Bidens Kerl“ bekannt sei, eine unmittelbare Priorität haben, hieß es.

Berlin und Washington haben sich im Juli nach jahrelangem Streit auf Vereinbarungen zu Nord Stream 2 verständigt. Sie sehen unter anderem vor, dass die Ukraine bis 2034 Gastransitland bleiben soll und Deutschland sich dafür mit allen Mitteln einsetzen wird.

Außerdem verpflichtete sich Berlin zu Maßnahmen inklusive Sanktionen, „sollte Russland versuchen, Energie als Waffe einzusetzen“. Deutschland versprach der Ukraine zusätzliche Finanzhilfen in Höhe von gut 200 Millionen Euro. Mit etwa 70 Millionen davon sollen bilaterale Energieprojekte in der Ukraine gefördert werden. ...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/06/2392650_0:160:3073:1888_1280x0_80_0_0_d8251c2dbf560778cec96e1a06ce8730.jpg

abends:

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Infolge eines Feuerangriffs auf **Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks)** wurde ein Schaden an einer Sommerküche eines Wohnhauses in der Karnawalnaja-Straße 74 festgestellt.

de.rt.com: **Nach Bombardements: Taliban warnen USA vor Einmischung in Afghanistan**

Ein Sprecher der islamistischen Taliban hat Washington davor gewarnt, sich weiterhin in den Bürgerkrieg in Afghanistan einzumischen. Zudem warf er der afghanischen Regierung vor, die Spannungen im Land zu verschärfen. Am Samstag hatten die US-Streitkräfte Stellungen

der Taliban bombardiert.

Die Taliban haben eine Botschaft an die Vereinigten Staaten gerichtet, in der sie Washington vor einer weiteren Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans warnen. Das erklärte ein Sprecher des politischen Büros der Bewegung gegenüber dem katarischen Sender Al Jazeera:

"Wir warnen vor der Einmischung der USA in Afghanistan."

Er betonte zudem, dass noch kein innerafghanischer Waffenstillstand erreicht worden sei, und beschuldigte auch die afghanische Regierung, die Spannungen im Land durch die Einleitung von Operationen in mehreren Provinzen zu verschärfen.

Am Samstag griffen US-Bombenflugzeuge Taliban-Kräfte in Scheberghan in der Provinz Dschuzdschan an. Sie hätten den Taliban-Kämpfern erhebliche Schäden zugefügt, erklärte der Sprecher des afghanischen Verteidigungsministeriums, Fawad Aman, auf Twitter.

Die Taliban intensivierten in den letzten Wochen ihre Offensive angesichts des unmittelbar bevorstehenden Abzugs der letzten US-Truppen aus Afghanistan. Am Samstag gab die Bewegung bekannt, dass sie die südwestliche Provinz Nimrus einschließlich ihrer Hauptstadt Sarandsch – das erste Provinzzentrum, das die Islamisten seit 2016 eingenommen haben – und die nördliche Provinz Dschuzdschan erobert hat. Zuletzt fielen die nordöstliche afghanische Provinz Tachar sowie auch Kundus als die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz in die Hände der Taliban.

Der rasche Vormarsch der Bewegung hat weltweit Besorgnis ausgelöst. Internationale Menschenrechtsorganisationen äußerten Befürchtungen wegen der Zukunft der afghanischen Bevölkerung, vor allem der Frauen. Der ehemalige US-Botschafter in Afghanistan Ryan Crocker bezweifelte zwar, dass die Taliban schnell das ganze Land übernehmen könnten, meinte dazu jedoch am Sonntag, dass "ein lang anhaltender Bürgerkrieg wahrscheinlicher ist". Inzwischen sind frühere afghanische Helfer wie Dolmetscher und Sicherheitskräfte, die den US-Truppen während des langen Krieges geholfen haben, zusammen mit ihren Familien zu ersten Zielen für die Taliban-Kämpfer geworden, da die Taliban diese als Verräter am Islam und am Land ansehen. Washington versprach, Tausende von afghanischen Staatsbürgern, die mit den US-amerikanischen Streitkräften kollaboriert hatten, zu evakuieren. Aber bisher wurden nur weniger als ein Prozent der Betroffenen außer Landes gebracht.

Der Abzug der USA aus Afghanistan soll bis zum 11. September abgeschlossen sein. Der Abzug wurde in einem Abkommen festgelegt, das die Taliban und die Vereinigten Staaten im Februar 2020 in Doha unterzeichneten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6110efc0b480cc325671338f.jpeg>